NINA
WARKEN

CDU



Newsletter

Nr. 39/2026

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

die Demonstrationen Ende Oktober haben einmal mehr gezeigt, dass viele junge Menschen mit Sorge auf ihre Zukunft blicken. Das müssen wir ernst nehmen. Wir müssen das Aufstiegsversprechen erneuern und dafür sorgen, dass auch die nächste Generation die Chance hat, sich durch eigene Leistung etwas aufzubauen und in Wohlstand und Freiheit zu leben.

Dazu gehört eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Mit dem Bundeshaushalt 2027 schaffen wir den Rahmen für innere und äußere Sicherheit, Innovationen und Investitionen in unseren Wirtschaftsstandort. Gleichzeitig müssen wir unser Sozialversprechen langfristig sichern.

Ebenso wichtig ist eine starke Wirtschaft. Erste ermutigende Signale zeigen, dass der wirtschaftliche Aufbruch gelingen kann. Jetzt müssen wir diesen Aufwärtstrend verstetigen.

Zur Verantwortung für unser Land gehört schließlich auch die Sicherheit Europas. Das Treffen des Bundeskanzlers mit dem ukrainischen Präsidenten unterstreicht: Die Sicherheit der Ukraine ist auch Deutschlands Sicherheit. Unsere Unterstützung für die Ukraine ist deshalb zugleich ein Beitrag zum Schutz unserer Freiheit und der europäischen Friedensordnung.

Dabei gilt auch im Inneren: Friedlicher Protest ist grundrechtlich geschützt und ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie. Gewalt gegen Einsatzkräfte und die mutwillige Zerstörung fremden Eigentums haben hingegen keinen Platz. Unsere Polizei verdient Respekt, Anerkennung und den Rückhalt der gesamten Gesellschaft.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihre Nina Warken

Diese Woche in der Regierungsbefragung



Bildquelle: Deutscher Bundestag

Haben Sie sich schon einmal gefragt, wie die Mitglieder der Bundesregierung von den Abgeordneten kontrolliert werden? Ein zentrales und besonders dynamisches Instrument dafür ist die Regierungsbefragung im Plenum.

In Sitzungswochen können Abgeordnete jeden Mittwoch nach der Sitzung des Bundeskabinetts Auskunft über Vorhaben erhalten und Fragen an die Bundesregierung stellen. Die Regierungsbefragung im Plenum dient der Erstinformation der Abgeordneten. Sie beginnt mit kurzen Berichten von mindestens zwei Regierungsmitgliedern über aktuelle Themen. Danach ist die Bühne frei für die Fragen der Parlamentarier. Die Abgeordneten (insbesondere der Opposition) nutzen diese Gelegenheit, um die Regierung zu aktuellen politischen Ereignissen, Gesetzesvorhaben oder kritischen Themen auf den Prüfstand zu stellen.

In der vergangenen Woche war ich bei der Regierungsbefragung an der Reihe. Schauen Sie gerne einmal rein, die Aufzeichnung finden Sie hier: https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw45-de-regierungsbefragung-1154780

Bauturbo zündet: Baugenehmigungen legen weiter zu



Bildquelle: Christiane Lang/CDU Deutschlands

Die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen eine positive Entwicklung im Wohnungsbau: Von Januar bis August 2026 wurden 169.400 Wohnungen genehmigt. Das entspricht einem Anstieg von rund 12 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Abwärtstrend bei den Baugenehmigungen scheint damit gebrochen.

Nun kommt es darauf an, dass aus den Genehmigungen auch tatsächlich neue Wohnungen entstehen. Dafür braucht die Bauwirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen. Die Verstetigung der EH55-Plus-Förderung bis zum Jahresende setzt hier ein wichtiges Signal.

Gleichzeitig müssen wir die Baukosten senken und kostentreibende Standards hinterfragen. Der Gebäudetyp E bietet die Chance, einfaches, effizientes und bezahlbares Bauen stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Unser Ziel muss sein, Bauen wieder einfacher und günstiger zu machen und so mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Berlin

Stärkung des strafrechtlichen Schutzes vor K.o.-Tropfen



Bildquelle: Frauen-Union der CDU Deutschlands

Wer einem anderen Menschen heimlich K.o.-Tropfen verabreicht, nutzt dessen Ahnungslosigkeit niederträchtig aus und nimmt ihm jede Möglichkeit, sich zu wehren. Mit der 2./3. Lesung zum Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches zur Stärkung des strafrechtlichen Schutzes vor sogenannten K.o.-Tropfen schließen wir eine Schutzlücke, die nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes 2024 offenbart wurde. K.o.-Tropfen sind im Körper meist nur wenige Stunden (oft nur 6 bis 12 Stunden) nachweisbar, wodurch die Beweisführung und die Strafverfolgung erheblich erschwert werden.

Umso wichtiger ist es, dass wir das in unserer Macht stehende tun, um die Opfer zu schützen und die Täter konsequent zur Verantwortung zu ziehen. Wer K.o.-Tropfen einsetzt, um Menschen zum Opfer schwerer Sexual- oder Raubstraftaten zu machen, muss künftig mit mindestens fünf Jahren Freiheitsstrafe rechnen.

Wir stehen an der Seite der Opfer und sorgen dafür, dass die besondere Gefährlichkeit solcher Taten strafrechtlich angemessen berücksichtigt wird.

Wir modernisieren die Fahrschulausbildung



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Mit der Reform der Fahrschulausbildung soll der Führerscheinerwerb bezahlbarer und moderner gestaltet werden, ohne dabei Abstriche bei der Verkehrssicherheit zu machen. Hierzu sollen Verbesserungen für Fahrschüler umgesetzt werden, etwa durch eine effizientere Gestaltung des Theorieunterrichts. So soll dieser künftig auch in digitaler Form absolviert werden können.

Die praktische Ausbildung in der Fahrschule soll durch die sog. Laienausbildung ergänzt werden. Diese ermöglicht es Fahrschülern künftig, unter der Anleitung von nahestehenden Personen, z. B. den Eltern, Fahrpraxis auf öffentlichen Straßen zu erwerben. Auch Fahrschulen sollen deutlich entlastet werden, vor allem durch den Rückbau bürokratischer Hürden.

Dokumentations- und Aufzeichnungspflichten sollen künftig reduziert sowie die Fortbildung von Fahrlehrern vereinfacht werden. Durch diese und weitere Maßnahmen sollen die Kosten für den Führerschein deutlich gesenkt werden.

BOGY-Praktikum im Bundestag



Bildquelle: Büro Warken

Im Rahmen der Berufsorientierung am Gymnasium (BOGY) konnte die 16-jährige Schülerin Neele Löffelholz aus Tauberbischofsheim wertvolle Einblicke in den parlamentarischen Arbeitsalltag gewinnen. Die BOGY-Praktikantin unterstützte mich unter anderem bei der täglichen Büroarbeit, beispielsweise bei der Erstellung von Pressemitteilungen oder Infobroschüren. Auch die Beantwortung von Bürgeranfragen spielte eine große Rolle während des Praktikums.

Außerdem konnte sie ihr Wissen über parlamentarische Abläufe im Bundestag durch Besuche von Ausschuss- und Plenarsitzungen vertiefen. Doch nicht nur Büroarbeit stand während des Praktikums auf der Agenda: Die Schülerin hatte die Möglichkeit, Besuchergruppen bei Hausführungen und Treffen mit mir zu begleiten. Zu den beeindruckendsten Momenten zählten die Besichtigung des Kanzleramtes, ein Besuch in der Landesvertretung Baden-Württemberg, welcher gemeinsam mit einer Reisegruppe aus dem Wahlkreis erfolgte und zu einem intensiven und interessanten Bürgeraustausch führte, sowie die Einblicke in den Bundesrat als auch den Bundestag, wo sich sogar ein Treffen mit Bundeskanzler Friedrich Merz ergab.

Wahlkreis

125 Jahre Bäckerei Schlär in Mudau



Bildquelle: Büro Warken

Ein besonderes Jubiläum durfte ich in Mudau feiern: Die Landbäckerei Schlär blickt auf 125 Jahre Bäckereigeschichte zurück. Zu diesem beeindruckenden Anlass durfte ich persönlich gratulieren.

Seit der Gründung im Jahr 1901 hat sich vieles verändert. Aus einer traditionsreichen Handwerksbäckerei ist ein über Generationen gewachsener Familienbetrieb geworden, der sich immer wieder den neuen Herausforderungen gestellt hat, ohne seine Wurzeln und seine Verbundenheit mit der Region zu verlieren.

Heute ist die Landbäckerei Schlär weit mehr als ein Ort, an dem man Brot und Brötchen kauft. Sie ist ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in Mudau: ein Ort der Begegnung, des Austausches und des Miteinanders. Solche Betriebe prägen unsere Heimat, schaffen Arbeitsplätze und sichern regionale Wertschöpfung.

Städtepartnerschaftsjubiläum in Tauberbischofsheim



Bildquelle: Büro Warken

Ein besonderes Jubiläumswochenende in Tauberbischofsheim: 65 Jahre Städtepartnerschaft mit Duderstadt und 60 Jahre Freundschaft mit Vitry-le-François!

Es war mir eine besondere Freude, dieses Jubiläum gemeinsam mit zahlreichen Gästen aus Deutschland und Frankreich zu feiern und dabei die Bedeutung dieser gewachsenen Partnerschaften zu würdigen.

Was einst als Zeichen der Versöhnung begann, ist über Jahrzehnte zu einer lebendigen Freundschaft gewachsen. Gerade die persönlichen Begegnungen und das große Engagement der Vereine und Ehrenamtlichen machen diese Partnerschaften so wertvoll und stärken den Zusammenhalt in Europa ganz konkret vor Ort. Vielen Dank an alle, die diese Städtepartnerschaften mit Leben füllen!

Bund fördert erneut die Sanierung kommunaler Sportstätten



Bildquelle: Büro Warken

Im Rahmen der zweiten Förderrunde für das Bundesprogramm Sanierung kommunaler Sportstätten (SKS) stellt der Bund 333 Millionen Euro für deren Sanierung und Modernisierung zur Verfügung.

Bis zum 1. Februar 2027 haben Städte und Gemeinden sowie Landkreise, sofern sie Eigentümer der Einrichtung sind, die Möglichkeit, Projektskizzen für geeignete Sportstätten digital beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung einzureichen.

Sportstätten sind Orte der Gemeinschaft und der Begegnung für Jung und Alt. Sie ermöglichen den Schul- und Vereinssport, fördern die sportliche Betätigung und sind unverzichtbar für das soziale Miteinander. Nach der überwältigenden Nachfrage in der ersten Ausschreibungsrunde unterstreicht der Bund mit der zweiten, neuen Förderrunde abermals die Wichtigkeit und Relevanz des Programms und unterstützt die Kommunen bei der Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe.

Die Zuwendung erfolgt durch einen nicht rückzahlbaren Zuschuss als Projektförderung grundsätzlich in Form der Festbetragsfinanzierung. Die Zuschusshöhe beträgt bis zu 45 Prozent, bei Vorliegen einer Haushaltsnotlage bis zu 75 Prozent. Der Bundesanteil der Förderung muss mindestens 250.000 Euro betragen, sodass umfassende Modernisierungsmaßnahmen zugunsten der Ziele des Projektaufrufs ermöglicht und durchgeführt werden können. Der Höchstbetrag der Förderung liegt bei 8 Millionen Euro. Eine Weiterleitung von Fördermitteln an Dritte, wie beispielsweise Vereine, ist möglich.

Sonstiges

Das ist neu im November

Bundespolizei
Erweiterte Befugnisse zur Drohnenabwehr und Überwachung.

Zollgebühren
Ab 1. November: zwei Euro Bearbeitungsgebühr für online bestellte Pakete aus Drittstaaten.

Medizinische Fachkräfte
Schnellere Anerkennung ausländischer medizinischer Berufsabschlüsse.

Wissenschaft
Bessere Bedingungen zur Gewinnung internationaler Spitzenkräfte.

Kleinkredite
Mehr Verbraucherschutz auch bei Krediten bis 200 Euro.

Euro 7
Weniger umwelt- und gesundheitsschädliche Emissionen bei Fahrzeugen.

Fotogalerie



Bildquelle: Dorothee Weißmann

Zu Besuch im Wahlkreis von Julia Klöckner


Bildquelle: Jan-Philipp Burmann/City-Press

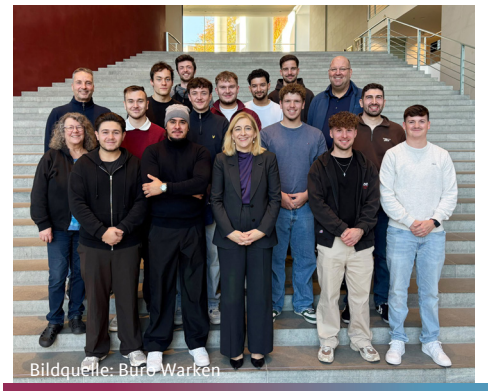
CDU-Kreisvorsitzenden-Konferenz in Berlin


Bildquelle: Büro Warken

Investitionsgipfel der Bundesregierung


Bildquelle: Rolf H. Epple

Südpfalztreffen der CDU


Bildquelle: Büro Warken

Zentralgewerbeschule Buchen im Bundeskanzleramt



Bildquelle: Büro Warken

THW meets MdB

Telefon: 030 227-78102, E-Mail: nina.warken@bundestag.de, Internet: **nina-warken.de**

IMPRESSUM
Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).
Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.
Erstellung & Layout: Elke Nuss, Texte: Nina Warken/Team Warken.
Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titel S. 1)